

Ein lukratives Geschäft

Gegen den Rat seines früheren Verteidigungsministers hält Israels Regierungschef Netanyahu an dem Vorhaben fest, drei zusätzliche U-Boote aus Deutschland zu kaufen. Ein Klient des persönlichen Anwalts und Cousins des Premiers verdient dabei mit. Oppositionspolitiker fordern Strafermittlungen.

VON S. KNAUL UND I. TÜCHTER

Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu weist jeden Verdacht von sich. Sein Büro spricht von einem „ordentlichen und professionellen Vorgang ohne jede Einflussnahme von außen“ und mit der Empfehlung aller für Sicherheit zuständigen Stellen. Und doch schwilt der Chor der Gegner Netanyahus an, die einen U-Boot-Kauf kritisieren, der zu den militärischen Schlüsselentscheidungen Israels im vergangenen Jahrzehnt zählt. Es geht um drei U-Boote der Dolphin-Klasse. Stückpreis: 600 Millionen Euro. Hersteller: der deutsche Rüstungskonzern Thyssen-Krupp.

Der im Frühjahr dieses Jahres von Netanyahu ruppig aus dem Amt gedrängte Ex-Verteidigungsminister Moshe Ya'alon widerspricht seinem Ex-Chef vehement und will den neuerlichen Deal ausdrücklich abgelehnt haben. Grund: zu teuer und auch unnötig. Israel besitzt bereits fünf solche U-Boote, ein sechstes soll in Kürze ausgeliefert werden. Sie wurden mit Zuschüssen der Bundesrepublik Deutschland angeschafft, um Israel

600 Millionen Euro kostet ein Dolphin-U-Boot von Thyssen. Gebaut werden sie in Kiel.

eine Zweitschlagschance zu eröffnen, sollte der jüdische Staat mit Massenvernichtungswaffen angegriffen werden. Die Unterseeboote können nämlich mit Atomsprengköpfen bestückt werden, so dass ein Gegenschlag von See aus möglich wäre, wenn das kleine nahöstliche Land mit einem Erstschlag getroffen worden wäre.

Ein Handel, der auch für die Bundesregierung heikel ist, da Israel offiziell nie zugegeben hat, dass es seit den 60er Jahren Atommacht ist. Aber nun geht es um Vorwürfe, Netanyahu habe nicht nur die Anschaffung unnötiger zusätzlicher U-Boote aus Deutschland betrieben, sondern dabei ermöglicht, dass ihm nahestehende Personen sich bereicherten.

Hintergrund der Affäre ist die Verbindung zwischen David Shimron – Netanyahus Cousin und persönlicher Anwalt – und Miki Ganor. Der ist ebenfalls Shimrons Klient. Und er ist der israelische Vertriebspartner von Thyssen-Krupp, das die U-Boote baut. Dass Shimron den Handel eingefädelt haben könnte, streitet Netanyahu ab. Er habe mit ihm nicht darüber gesprochen.



Der Stolz der israelischen Marine: Israels Premier Netanyahu an Bord des bisher fünften U-Boots, das aus Kiel kommend im Januar in Haifa einlief. FOTO: RTR

Der seit 2009 amtierende Regierungschef wittert – wohl nicht zu Unrecht – Versuche, ihm innenpolitisch am Zeug zu flicken. Seinen Kritikern rät Netanyahu, sich abzuregen: „Ich werde noch lange bleiben.“

Tatsächlich aber verdichten sich die Anzeichen, dass die Dinge tatsächlich nicht koscher waren. Laut Informationen des Fernsehkanals Channel 10 hatte Shimron telefonischen Kontakt zu Vertretern des Verteidigungsministeriums, bevor es zu einer internationalen Ausschreibung für die U-Boote kam. Erst auf Drängen Netanyahus habe das Verteidigungsministerium auf die Ausschreibung verzichtet, berichtet Channel 10.

„Israel muss in der Lage sein, sich gegen jeden Feind zu verteidigen“,

rechtfertigte Netanyahu während der wöchentlichen Kabinettsitzung den Kauf. Die neuen U-Boote seien auch nötig, weil die ersten schließlich auch einmal ausrangiert werden müssten und dann Ersatz nötig sei. Die Bauzeit solcher Kriegstechnik, zumal in Sonderanfertigung wegen der Atomwaffen-Option, beträgt mehrere Jahre. Die drei neuen Boote sollen ab 2027 die Boote ersetzen, die in den Jahren 1999 und 2000 in Kiel gebaut wurden.

Generalstaatsanwalt Avichai Mendelblit will nun prüfen, ob ein Interessenkonflikt vorliegt. Ya'alon, der mittlerweile durch den Rechtsaußen Avigdor Lieberman ersetzt wurde, um die Koalition um dessen ultranationale Partei zu erweitern, fordert eine strafrechtliche Ermittlung, die Men-

delblit vorläufig nicht plant. Auch Oppositionsführer Isaac Herzog appelliert an die Justiz, baldmöglichst „Licht in die Affäre“ zu bringen.

Es geht eben auch um enorm viel Geld, in Zeiten, da Israels Innenpolitik mit großen sozialen Problemen konfrontiert ist. Mit insgesamt 2,5 Milliarden Euro beziffert die linksliberale Tageszeitung „Haaretz“ die Kosten für die bereits erstandenen sechs deutschen U-Boote, von denen das letzte noch geliefert werden muss. Die Bundesregierung soll etwa ein Drittel der Kosten übernehmen haben. Die großzügige Geste galt zunächst als Wiedergutmachung, weil deutsche Firmen bei der Produktion chemischer Waffen für Iraks Diktator Saddam Husseins beteiligt waren, der im

Golfkrieg 1991 Israel mit Scud-Raketen beschießen ließ. Heute ist der U-Boot-Deal aus deutscher Sicht auch ein Beitrag dazu, Israel gegen eine mögliche atomare Bedrohung, vor allem aus Iran, zu schützen. Arbeitsplätze auf der Kieler Werft werden so natürlich auch gesichert.

Miki Ganor soll, so das „Handelsblatt“, als Vertriebspartner von Thyssen-Krupp eine lukrative Provision zustehen, dem Vernehmen nach zwei Prozent. Die Zeitung will auch Informationen haben, dass Netanyahu das Geschäft abschließen wollte, solange Angela Merkel, „eine Freundin Israels“, noch im Kanzleramt sitzt. Die Grundsatzvereinbarung mit Berlin über den Deal ist am 26. Oktober unterzeichnet worden.

Indien: Ohne Bargeld droht Hungersnot

VON GABRIELE VENZKY

Zwei Wochen, nachdem die Regierung Modi über Nacht die beiden größten Rupiescheine, die 500er (6,85 Euro) und 1000er (13,70 Euro) für ungültig erklärt hat, hält das Chaos in Indien an. Die Regierung mehrt mit täglich neuen Verordnungen zum Umtausch in gültiges Geld die Konfusion.

Die Lebensmittelmärkte haben jegliche Aktivität eingestellt, weil auch dort wie in fast der ganzen indischen Wirtschaft nur Bargeld als Zahlungsmittel etwas gilt – und daran fehlt es. Analysten fürchten, das indische Wirtschaftswachstum könnte um bis zu vier Prozentpunkte fallen. Das wäre eine Katastrophe für das Land – und Premierminister Modi.

Gestern kündigte Modi an, die radikale Bargeldreform sei nur die erste von vielen Maßnahmen in einem „Krieg gegen Schwarzgeld“. Er widersprach Vorwürfen der Opposition, mit seiner Reform vor allem den armen Indern auf dem Land zu schaden. Neues Bargeld erhält nur, wer seine alten Scheine auf ein indisches Bankkonto einzahlt. Die Mehrheit der Landbevölkerung hat aber kein Konto oder eine Bankfiliale in der Nähe.

Die Reisbauern sitzen nach einer guten Ernte auf Bündeln von alten Scheinen.

Am unruhigsten sind die Reisbauern im Norden, die nach der guten Ernte auf Bündeln von Bargeld sitzen. Sie haben schon vor der Geldentwertung die Felder für die neue Saat vorbereitet, aber nun fehlt es ihnen an den neuen 500- und 2000-Rupiescheinen, um Saatgut und Dünger zu kaufen. Nur noch wenig Zeit bleibt ihnen, um wenigstens einen Teil der Winterernte zu retten. Dass eine Nahrungsmittelknappheit droht, wurde der Regierung erst jetzt klar. Nun dürfen die Bauern wieder ihre alten 500er, nicht jedoch die Tausender, die sie überwiegend in der Tasche haben, für Saatgut und Dünger einsetzen – aber nur an staatlichen Verteilungsstellen. Was das nächste Problem ist.

Außerdem dürfen die Inder statt 4000 Rupien mittlerweile nur noch 2000 pro Tag eintauschen, weil der Staat mit dem Gelddruck nicht nachkommt. Damit sie dies nicht mehrmals tun, wurde plötzlich nicht nur ein Ausweis (den die meisten Inder gar nicht besitzen) verlangt, sondern auch, dass sie den rechten Zeigefinger mit nicht abwaschbarer Tinte markieren. Indes haben die Banken nur einfache Filzstifte ...

„Die Weichen zur Integration müssen sehr früh gestellt werden“

INTERVIEW: Migrationsforscher Christian Dustmann zu den Widersprüchen im Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland

Die Diskussion über die Zukunft der vielen Flüchtlinge in Deutschland wird entlang zweier unterschiedlicher Stränge geführt: Sie sollen wieder zurück! Sie sollen sich schnell eingliedern! Wolfgang Blatz sprach mit dem Migrationsforscher Christian Dustmann über die Verwirrung, die durch diese Vermengung unvereinbarer Ansätze hervorgerufen wird.

Gibt es, was die Integration betrifft, einen Unterschied zwischen Menschen, die aus dem Ausland für einen Job nach Deutschland gekommen sind, und beispielsweise Flüchtlingen aus Syrien?

Ein Mensch, der in Deutschland arbeiten will, hat sich meist längere Zeit darauf vorbereitet. Er will in Deutschland sein, und Deutschland will ihn. Flüchtlinge aus Syrien hingegen wären unter besseren Umständen noch in ihrer Heimat. Die meisten wollten eigentlich gar nicht hierherkommen. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Man gewährt solchen Geflohenen eine Zuflucht, bis sich die Lage in ihrer Heimat stabilisiert hat. Oder man nimmt solche Menschen langfristig auf.

Anfang der 90er Jahre gab es eine ähnliche Situation, als aufgrund des Zerfalls Jugoslawiens Hunderttausende Flüchtlinge vom Balkan in Deutschland unterkamen.

Ja, vorübergehend. 85 Prozent dieser Geflohenen gingen zurück in ihre Heimat, nachdem dort Frieden eingekehrt war. Das unterscheidet die damalige Situation von der heutigen.

Inwiefern?

Der Balkankonflikt konnte vom Westen und von der Nato entscheidend beeinflusst werden. Er war auch überschaubarer und leichter kontrollierbar als der Syrienkonflikt. Für Syrien wagt niemand eine Prognose, wann dort wieder Frieden und Sicherheit herrschen könnten.

Damals, während der Bürgerkriege auf dem Balkan, erhielten die Geflohenen überwiegend subsidiären Schutz. Das heißt: einen vorübergehenden Aufenthaltsstatus. Die meisten Syrer in Deutschland erhalten statt eines Aufenthaltrechts von drei Jahren mittlerweile auch nur noch subsidiären Schutz. Wie verhält sich das mit Ihrer Aussage, diese Konflikte seien verschieden?

Das ist ein extrem wichtiger Punkt. Was Syrer betrifft, so zeichnet sich ab, dass der Status dieser Flüchtlinge nach einem Jahr möglicherweise verlängert werden wird, dann vielleicht nochmals, dann erneut, wenn der Konflikt nicht endet und Sicherheit in Syrien weiterhin nicht garantiert werden kann. Diese Menschen haben damit nur eine temporäre Perspektive in Deutschland, mögen aber durchaus permanent bleiben.

Was bedeutet das?

Als Ökonom drücke ich es so aus: Bestimmte Investitionen in „Humankapital“ oder Ausbildung oder Investitionen in Integration lohnen sich nur für Menschen die eine eher permanente Perspektive in Deutschland haben.

Könnten Sie ein Beispiel geben?

Ein 20-jähriger Syrer bekommt in Deutschland das Angebot für eine Bäckerlehre. Aus der Perspektive, nur ein Jahr hier bleiben zu können, lohnt sich das für ihn nicht. Selbst aus der Perspektive, drei Jahre in Deutschland bleiben zu dürfen, ist der Anreiz gering. Denn eine Bäckerlehre zu machen, bedeutet: Drei Jahre schlechter bezahlt zu werden, als wenn man als ungelernete Kraft arbeiten würde.

Eine Ausbildung ist zwar der beste Weg für eine erfolgreiche Karriere in Deutschland ...

... und eine schnelle Integration, ja. Dies lohnt sich allerdings aus der Perspektive des Immigranten nur, wenn

er oder sie eine langfristige Perspektive in Deutschland haben. Wenn der Syrer in seine Heimat zurückginge, wäre die Bäckerlehre für ihn wertlos. In anderen Worten, ohne langfristige Perspektive lohnen sich viele Investitionen in „Humankapital“ nicht für den Immigranten, obgleich sie auf der anderen Seite für eine erfolgreiche Karriere und Integration in Deutschland wichtig wären. Ganz wichtig ist dabei, dass die Weichen sehr früh gestellt werden, damit jemand Perspektiven für sich in einem frühen Stadium der Migrationsgeschichte sieht.

Auf gut Deutsch: Die Politik, die derzeit mit Blick besonders auf syrische Flüchtlinge verfolgt wird, ist wider-

sprüchlich – wenn nicht sogar falsch? Was aus ökonomischer Sicht richtig wäre, ist politisch nicht immer opportun.

Weil von ganz rechts die Forderung erhoben wird: Die Flüchtlinge müssen wieder zurück! Obwohl das dem Staat unterm Strich vielleicht sogar teurer kommt, weil viele Geflohenen ihr wichtiges Humankapital, also Bildung, nicht erwerben?

Im Falle der Balkanflüchtlinge war der Konflikt zeitlich begrenzt. Es war richtig, die Menschen zurückzuschicken. Die Frage ist, ob dieser Ansatz im Fall Syrien realistisch ist.

Ist die Diskussion um eine Obergrenze

für Flüchtlinge ein weiteres Symbol fürs Getriebensein der Regierenden?

Als Wirtschaftswissenschaftler sehe ich jede Form von Obergrenzen kritisch. Sie sind starr. Außerdem stehen Obergrenzen im Widerspruch zur Genfer Konvention, die Staaten bei berechtigten Ansprüchen von Menschen zur Gewährung von Asyl oder zum vorübergehenden Schutz verpflichtet. Diese fundamentale Konvention hat Deutschland nun einmal mit unterschrieben.

Stellen Obergrenzen nur ein politisches Konstrukt dar, das das ursprüngliche Problem nicht löst – vermutlich aber neue Konflikte schafft?

Stellen Sie sich einmal vor, was man

dem ersten Flüchtling, der über der Obergrenze liegt, sagen müsste: Sorry, Sie fliehen zwar vor der gleichen Situation wie der Mann vor Ihnen, aber jetzt bleibt die Tür zu! Nicht zuletzt aus dem Problem Obergrenze heraus ist in Großbritannien, wo ich lehre, der Wunsch nach dem Brexit, dem Austritt aus der Europäischen Union, entstanden.

Aber beim Brexit ging es doch darum, dass sich viele Briten „unwohl“ fühlten angesichts der Millionen Migranten aus der EU, die bei ihnen arbeiten.

Richtig. Es ging nicht um Flüchtlinge. In Großbritannien wurden aber Obergrenzen für die Nettomigration festgelegt. Die Anzahl der Einwanderer wird dabei in einem Jahr der Anzahl von Auswanderern mit Migrationshintergrund gegenübergestellt. Jedes Mal, wenn die neuen Zahlen vorgestellt wurden, jedes Mal, wenn die Obergrenze wieder nicht eingehalten wurde im Vereinten Königreich, kam es zu einem enormen Zulauf für Anti-Integrations- und Anti-Europa-Parteien wie Ukip. Obergrenzen führen ständig zu politischen Diskussionen.

Gleichwohl leben wir doch, verglichen mit den 90er Jahren und den damals ebenfalls hohen Flüchtlingszahlen, in einer neuen Zeit. Für Deutschland, für Europa scheint es so zu sein, als werde die Zuwanderung aus dem Süden nicht mehr aufhören.

Man kann die Ereignisse der Jahre 2014, 2015 und 2016 als Warnschüsse für die Europäer begreifen. Sie müssen ihren Umgang mit Flüchtlingen besser koordinieren. Sie müssen sich auch in ihrer Außenpolitik besser aufstellen. Auf dem Nachbarkontinent Afrika wird die Bevölkerung in den kommenden 40 Jahren von 1,1 Milliarden Menschen auf 2,8 Milliarden wachsen. Die Europäer müssen viel intensiver dafür sorgen, dass diese Menschen keinen Grund haben, zu ihnen kommen zu wollen. |blt

ZUR PERSON

Der Ökonom, der über die Flucht forscht



Dustmann

Christian Dustmann, Professor der Volkswirtschaft, widmet sich seit Jahrzehnten Fragen der Migration und des Arbeitsmarktes. Er ist selbst ein Migrant: Der Deutsche lehrt am University College in London. Seine Karriere begann er an der Universität Bielefeld. Sozusagen nebenbei berät Dustmann Regierungen, darunter die deutsche und die britische. Er gilt als einer der herausragenden Wissenschaftler in Europa, wenn es um die Themen Flüchtlinge, Arbeit und Integration geht. (Foto: frei) |blt



Arbeit ist der Turbo bei der Integration: Das weiß auch der gebürtige Syrer Mahmoud Dahoud (rechts), im Bild mit Granit Khaka (inzwischen bei Arsenal London). Dahoud, Spieler bei Borussia Mönchengladbach, war noch ein Baby, als seine Eltern 1996 vor dem Regime flohen. FOTO: DPA